

An die
Stadtverordnetenvorsteherin
der Kreisstadt Groß-Gerau
Am Marktplatz 1
64521 Groß-Gerau

Antrag zur Stadtverordnetenversammlung

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Finanz-, Digital-, Organisationsausschuss	21.07.2026	beschließend
Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Groß-Gerau	21.07.2026	beschließend

(wird vom Büro vergeben)	Antragsteller: CDU-Fraktion
Antrag Nr. AT-47/2026-2031	
Betreff: Änderungsantrag zu VL-126/2026 Haushaltssicherungskonzept (CDU-Fraktion)	
Antragstext: Das Haushaltssicherungskonzept (HHSK) wird mit nachfolgenden Anpassungen nach Maßgabe dieses Änderungsantrags an den Magistrat zurückverwiesen. 1. Unter Punkt 3. des HHSK (Bisherige Maßnahmen) ist darzustellen, wann die Maßnahmen erfolgt sind und welche konkreten Einsparungen durch diese erzielt worden sind. 2. Unter Punkt 4. des HHSK (Konsolidierungsziel und weitere Maßnahmen) ist darzustellen, wann die Maßnahmen erfolgen werden, welche konkreten Einsparungen durch diese erzielt werden sollen und wer die Verantwortung für die Umsetzung der Maßnahmen trägt. 3. Punkt 4. des HHSK ist unter „Ertragssteigerungen“ wie folgt zu ergänzen: Folgende Maßnahmen sollen dazu dienen: • Entwicklung einer Vermarktungsstrategie für das neue Gewerbegebiet „Am Hermannsberg West“ • Ansiedlung eines Rechenzentrums im Gebiet „Lausböhl-Weidäcker“: Anstoßen eines neuen Gesprächsprozesses mit dem Eigentümer des Areals (Vantage Data Centers) unter Beteiligung der politischen Gremien. Auf eine Ansiedlung eines Rechenzentrums unter weitestmöglicher Beseitigung bislang bestehender Bedenken	

wird konstruktiv hingearbeitet.

- Betreiben eines offensiven aufsuchenden „Stadtmarketings“ zur Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe. Gewerbebetriebe, die bislang nicht in Groß-Gerau ansässig sind, werden unter Verweis auf die Vorteile des Wirtschaftsstandorts Groß-Gerau angeworben mit dem Ziel, sie für Investitionen in Groß-Gerau zu gewinnen.
- aktives Voranbringen des Glasfaserausbaus

4. Punkt 4. des HHSK ist unter „Aufwandsreduzierung“ wie folgt zu ergänzen:

- Ableitung von Maßnahmen aus der anstehenden externen Organisationsuntersuchung, insbesondere zur Effizienzsteigerung von Arbeitsprozessen
- Prüfung des Einsatzes künstlicher Intelligenz (KI), insbesondere bei Registraturaufgaben, einfachen Verwaltungsprozessen, Bürgerinformationen und digitaler Aktenführung
- Forcierung der interkommunalen Zusammenarbeit, insbesondere im Forderungsmanagement, Personalverwaltung, Post- und Druckleistungen und Standesamt